

Niederschrift

über die 8. Sitzung der Kommission für gesellschaftspolitische Fragen zusammen mit der Arbeitsgruppe „Demografie-Dialog“ vom Dienstag, 17. Februar 2009, um 20.00 Uhr in den Lindener Ratsstuben

Anwesende:

siehe Anwesenheitslisten

Protokoll: Manuela Breitenbach

Tagesordnung:

1. Familienzentrum als Alternative zum Mehrgenerationenhaus
Referentin: Gabriele Arnold, Fachberatung Kindertagesbetreuung beim Landkreis Gießen
2. Installation eines Lenkungsausschusses
3. Verschiedenes

Herr Lischka begrüßt die Anwesenden und geht kurz auf die Tagesordnung ein. Er stellt Frau Arnold vom Landkreis Gießen vor und übergibt auch direkt das Wort an Frau Arnold.

Zu Punkt 1:

Familienzentrum als Alternative zum Mehrgenerationenhaus

Frau Arnold stellt sich selbst kurz vor und erläutert ihre Tätigkeit, die sie beim Landkreis Gießen ausübt. Grund ihres Vortrages ist die neue gesetzliche Lage und der geforderte Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahre. Zurzeit haben Kinder ab 3 Jahren einen gesetzlichen Anspruch auf Betreuung, was ab dem Jahr 2013 auch für Kinder ab einem Jahr gelten wird. Bis dahin soll im Rahmen eines Ausbauplanes erreicht werden, dass für 35 % aller Kinder unter 3 Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung steht. Dieser Ausbau erfolgt in Kooperation mit den Kommunen. Die Kindergartenlandschaft hat sich in den letzten Jahren sehr verändert. Die Geburtenquoten gingen zurück, Kinder ab 2 Jahre wurden mit in die Kindergärten aufgenommen. Es muss hier genau hingeschaut werden, was diese Kinder brauchen. Kindertagesstätten sind die Orte, wo Familien als Erstes in den öffentlichen Bereich gehen. Kindertagesstätten, wie sie bisher waren, können so nicht bleiben, so dass man mehr zu Familienzentren hinarbeitet. NRW ist in diesem Bereich jetzt führend. Auch gesetzliche Verankerung wurde dort erreicht. Mehrgenerationenhäuser und Familienzentren werden politisch unterschiedlich zu behandeln sein, können aber grundsätzlich verbunden werden.

Der eigentliche Gedanke ist bereits gesetzlich verankert im § 16 SGB VIII Abs. 1. Familien brauchen immer mehr Beratung und Unterstützung um ihr Familiensystem allein bewältigen zu können. Lebensbedingungen haben sich für Familien in den letzten Jahren sehr verändert. Nicht nur Alleinerziehende, sondern auch Patchwork- oder Regenbogenfamilien stellen neue Problemsituationen dar. Kinder werden mit Strukturen konfrontiert, die sie so nicht kennen. Hier wird Hilfe benötigt. Eltern brauchen Unterstützung dort, wo ihre Kinder betreut werden. Das Vorbild der vorangegangenen Generation fehlt. Häufig lebt die ältere Generation nicht mehr mit im Haus oder ist auch noch selbst berufstätig, so dass hier keine Versorgung zur Verfügung steht. Das gesamte System wo man voneinander lernt ist in der Form nicht mehr vorhanden. Eltern sind mit der Erziehung vielfach überfordert. Auch Armut und Arbeitslosigkeit wirken sich auf die Kinder aus. Viele sind ohne Perspektive und nicht stark genug sich auf Hilfesysteme einzulassen. Zugänge zu Bildung und Erziehung werden für Familien mit Migrationshintergrund erschwert.

Durch diese Probleme entstehen für die Kinder Folgen, zum Beispiel Entwicklungsstörungen. Die Zahl der Integrationsplätze steigt. Kinder können die Anforderungen nicht mehr schaffen. Somit ist keine Chancengleichheit mehr gegeben.

Aufgabe der Kindertagesstätte ist es, die Ungleichheiten zu kompensieren. Hier sind die unterschiedlichsten Ansprüche zu beachten. Die Spanne wird jedoch immer größer. Außerdem nimmt die Beratung an den Eltern immer mehr Zeit in Anspruch und es sind nicht mehr nur die Kinder zu betreuen. Es muss immer mehr vermittelt werden. Erzieherinnen müssen sehr genau nach Veränderungen bei den Kindern schauen, um den Schutzauftrag nach § 8 a SGB VIII auszuüben, das sogenannte Frühwarnsystem.

Hauptsächliche Aufgaben der Kindertagesstätten sind die Erziehung, Bildung und Betreuung der Kinder, den Schutzauftrag auszuüben und die Selbst-, Sozial- und Alltagskompetenzen zu fördern. Kinder werden heute individueller gefördert. Wichtig ist vor allem die Zusammenarbeit mit den Eltern und familienbezogenen Institutionen. Familien müssen unterstützt werden, um Erziehung und Erwerbstätigkeit miteinander vereinbaren zu können. An dieser Stelle kommt das Familienzentrum hinzu.

Aufgaben und Ziele der Familienzentren sind es, ein familienunterstützendes Netzwerk zu entwickeln und zu koordinieren. Die Erziehungskompetenz der Eltern soll gestärkt werden, unter Einbeziehung in die pädagogische Arbeit. Man kann hier nur Angebote machen, niemand kann gezwungen werden. So sollen Entwicklungs- und Bildungschancen sichergestellt und die Gesundheit von Familien gefördert werden. Hohe Qualität von Betreuung wird angestrebt.

Warum ein Familienzentrum? Der Kindergarten ist der Knotenpunkt zur Realisierung von Chancengleichheit. Das strategische Vorgehen von einer Regiestelle aus, soll Impulse geben. Die Familien brauchen eine verlässliche Zusammenarbeit aller Akteure, zum Beispiel bei der Sprachförderung für Eltern und Kinder, die auf gleicher Ebene stattfinden soll.

Wie arbeitet ein Familienzentrum? Da es unterschiedliche Modelle gibt, kann man nicht sagen, dass es "DAS" Familienzentrum gibt. Die örtliche Struktur ist zu beachten und der Sozialraum muss analysiert werden. Unter anderem muss festgestellt werden, welche Kooperationspartner vor Ort sind. Die Bedarfe, Bedingungen und Besonderheiten für Kinder und Familien vor Ort müssen ermittelt werden. Aus diesen Ergebnissen heraus entwickelt sich dann eine Angebotsstruktur. Das Familienzentrum soll zum Lernort nicht nur für die Kinder sondern auch für die Eltern werden.

Der Landtag hat im letzten Jahr beschlossen, dass die Einrichtung von Familienzentren vorangetrieben werden soll. Es gibt dort eine Arbeitsgruppe die sich mit diesem Thema befasst und Modellprojekte vorantreibt. Aber zunächst einmal ist politisch zu entscheiden, was vor Ort gebraucht wird.

Auf die Frage von Herrn Schmitt, ob nun jeder Kindergarten zu einem Familienzentrum umzuändern ist, führt Frau Arnold aus, dass Grundlage zunächst der Bedarf ist. Man sollte zunächst mit einem Standort anfangen und Erfahrungen sammeln. Die vorgegebenen Aufgaben sind schon jetzt geleistet werden, allerdings sind die erforderlichen Rahmenbedingungen noch nicht gegeben.

Bürgermeister Dr. Lenz führt aus, dass man nun sehe, ob Mehrgenerationen Haus oder Familienzentrum, dass es hier unterschiedliche Begriffe gebe, die teilweise doch den gleichen Inhalt haben. Zurzeit sei man dabei die Kindergärten neu zu gestalten und plane die Verzahnung zwischen Wiesengrundschule und Kindergarten Regenbogenland, um hier Anknüpfungspunkte für Mensch zu schaffen, die ein wenig scheu sind. Die genauen Inhalte sind jedoch noch zu gestalten.

Herr Dr. Ramb wirft ein, dass er bei den Ausführungen zum Familienzentrum die älteren Menschen vermisste. Man rede zwar von Familien, aber er verstehe unter Familie sowohl den Säugling als auch den Uropa. Der zentrale Punkt seien wohl die Kinder, aber auch die ältere Generation gehöre dazu. Frau Wagner führt aus, dass es schon sehr viele Angebote gebe wie z. Bsp. Bildungsstätten, die jedoch von sehr wenigen wahrgenommen werden. Vor allem nicht die Personen, die echte Probleme haben. Vielleicht sollte man hier ähnlich verfahren wie bei Hartz IV, dass die Teilnahme an einer Erziehungsberatung vorgeschrieben wird, ansonsten werden Gelder gekürzt. Frau Arnold führt aus, dass man an

diesem Modell bereits arbeite, z. Bsp. durch das Programm "Hallo Welt", um Familien so früh wie möglich zu unterstützen.

Herr Lischka weist darauf hin, dass das Angebot in einem Familienzentrum niedrigschwellig sein müsse, so dass Menschen ganz früh und ohne großen Aufwand leisten zu müssen, angesprochen werden. Wichtig sei eine Bedarfsanalyse, da die Bedarfe von Ort zu Ort anders sind.

Frau Arnold regt an, hier auf bestehende Ressourcen zurückzugreifen, zum Beispiel die pensionierte Lehrerin, die Deutschkurse gibt oder eine ausländische Mutter, die Menschen mit gleicher Muttersprache helfen kann. Ganz verschiedene Institutionen und Hilfsorganisationen könnten hier ihre Sprechstunden anbieten.

Auf die Frage von Herrn Dr. Schütz, ob Informationen über Problemsituationen in Familien aus bestehenden Daten erhoben werden können, führt Bürgermeister Dr. Lenz aus, dass zumindest ein Migrationshintergrund festgestellt werden könne.

Herr Dr. Sadeghian berichtet, dass Sprachkurse, die seinerzeit in Linden direkt angeboten werden konnten, nunmehr bei der Volkshochschule besucht werden sollen. Seitdem wächst die Liste der Interessenten, die in Linden direkt die deutsche Sprache werden möchten, so dass man sich nunmehr erneut auf die Suche nach einer Sprachlehrerin macht, um die Nachfrage zu befriedigen.

Frau Größer macht auf ein zeitliches Problem aufmerksam, welches berufstätige Eltern haben, wenn in den Kindergärten Sprechstunden angeboten werden, die sie gerne wahrnehmen möchten, aus beruflichen Gründen dies aber nicht können. Frau Arnold führt dazu aus, dass man vielleicht über ein Modell mit Tagespflegepersonen arbeiten könne. Es könnten Sprechstunden angeboten werden, während die Betreuung von Tagesmüttern übernommen wird.

Frau Arnold hat Informationen zum Thema "Orientierungspunkte für die Entwicklung von Familienzentren" vorbereitet, die dem Protokoll zu dieser Sitzung als pdf-Datei angehängt werden und somit jedem zur Verfügung stehen.

Bürgermeister Dr. Lenz führt aus, dass man auch von höheren Ebenen sich Unterstützung holen sollte. Zum Beispiel könnte auch die Arbeitsverwaltung in einem Familienzentrum ihre Dienste anbieten. Es seien noch etliche Felder offen im Zusammenhang mit einem Mehrgenerationenhaus bzw. Familienzentrum. Da lasse sich sicherlich einiges kombinieren.

Herr Schmitt berichtet, dass es in Langen bei Darmstadt ein Mehrgenerationenhaus gebe, dessen Träger ein Mütterzentrum und die Seniorenhilfe sind. Dort wurde es geschafft, ein Zentrum unter einem Dach zu realisieren. Für Linden müsse man überlegen, wie man es hinbekommen kann, die Aspekte einer familiengerechten Stadt so zu organisieren, dass es vernünftig ist. Wie viele Anlaufstellen es letztendlich sind, sei unerheblich. Die Inhalte zählen.

Herr Dr. Bujard gibt einen kurzen Bericht über die vom Land Hessen beschlossenen Pflegestützpunkte. Im Hinblick auf Pflegebedürftigkeit sollen hier Informationen an die Menschen gebracht werden. Auch dieses könnte angegliedert werden.

Zu Punkt 2:

Installation eines Lenkungsausschusses

Herr Lischka führt hierzu aus, dass es für den weiteren Prozess dieser Gruppe hilfreich sein könnte, wenn in der Phase der Informationssammlung noch strukturierter vorgegangen wird. Um zwischen den Sitzungen der Kommission mehr Antrieb zu bekommen, sollte man über die Idee, aus diesem sehr

stabilen Kreis einen Lenkungsausschuss zu gründen, um gezielter Vorschläge zu erarbeiten. Man stelle nunmehr zur Diskussion, was von diesem Thema gehalten werde.

Nach einer kurzen Diskussion kommt man zu der Auffassung, dass es nicht sinnvoll für die Arbeit der Kommission sei, einen Lenkungsausschuss ins Leben zu rufen.

Bürgermeister Dr. Lenz schlägt vor, dass man vielleicht themenbezogen kleinere Arbeitskreise bilden kann, um spezielle Fragen zu klären. Weiter führt er aus, dass bereits jetzt an der Wiesengrundschule etwas passieren soll, auch in Verbindung mit dem Kindergarten Regenbogenland. Dieses Vorhaben sollten von der Arbeitsgruppe begleitet und beeinflusst werden. Das Thema sein in Hessen ganz neu und werde bald mit Inhalten gefüllt werden. Informationen könne man in Wiesbaden und in Kassel einholen.

Die erste Kleingruppe, bestehend aus Frau Schmidt, Frau Wagner, Frau Junker und Herrn Schmitt, wird gebildet und mit Recherchen zum Thema Familienzentrum (Infos, Ideen, Finanzierungsmöglichkeiten, etc.) beauftragt. In der nächsten Sitzung soll hierzu berichtet werden. Ein Script wird vorher an alle Teilnehmer verteilt werden.

Zu Punkt 3: **Verschiedenes**

1. Fragebogenaktion

Herr Lischka führt aus, dass die Homepage der Stadt Linden zurzeit neu gestaltet werde und man am Überlegen sei, wie man die Ergebnisse der Fragebogenaktion der Vereine am Besten dort installiert. Das Ergebnis wird bald nachgeliefert.

2. Papierverbrauch

Bürgermeister Dr. Lenz bittet darum, um den Papierverbrauch zu reduzieren, die Unterlagen per eMail zustellen zu lassen. Er sagt zu, dass das Pflegegutachten eingescannt wird und über den Verteiler allen zugänglich gemacht wird.

3. Informationen auf der Homepage

Es wird vereinbart, dass Protokolle der Kommission/Arbeitsgruppe künftig auf der Homepage der Stadt Linden veröffentlicht werden. Trotzdem werden die Dokumente auch weiterhin per eMail versendet.

4. Nächste Sitzung

Der nächste Sitzungstermin wird für Dienstag, den 31. März 2009, um 20.00 Uhr, in den Lindener Ratsstuben vereinbart.

Ende der Besprechung: 22.10 Uhr

Dr. Lenz
Bürgermeister

Breitenbach
Protokoll